

Frauen sind heute zu Unrecht vergessen, andere sind in die Geschichte eingegangen. Bemerkenswert erscheint, dass die porträtierten Frauen bis ans Lebensende aktiv waren. Einige beteiligten sich noch im Alter von mehr als 80 Jahren an den Protesten gegen den Vietnam-Krieg oder den Krieg im Irak. Denn, wie es Lisa Kalvelage (1923-2009) ausdrückte: „Bis man stirbt, lebt man“ (S.223), und solange man lebt, so Alice Paul (1885-1977), muss man kämpfen, denn „wenn man einmal die Hand auf den Pflug gelegt hat, kann man nicht aufhören, bis man am Ende der Furche ankommt“. (S.171) Das Ende der Furche haben die Rebellenmädchen freilich nicht erreicht; nur Angela Davis und Jane Fonda können noch weiter kämpfen; sie sind die Einzigen, die noch leben. Wirft man am Ende der Lektüre einen Blick auf die einzelnen Beiträge, so fallen einem Namen ein, die nicht vorkommen. Man kann sich daher dem Bedauern des Autors, dass er andere aufrechte und tapfere Frauen nicht auch habe würdigen können, nur anschließen. Verständlicherweise musste die Auswahl subjektiv bleiben. Die Literaturhinweise aber ermuntern zum Weiterlesen. Mit Spannung warten wir auf den nächsten Bd. der „Rebel Girls“. *Gisela Notz*

Dario Azzellini/Immanuel Ness (Hrsg.): „Die endlich entdeckte politische Form“. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute, ISP Verlag GmbH, Köln 2012, 540 S., ISBN 978-3-89900-138-9

Auf doppelte Weise zeigt der vorliegende Sammelbd. sehr nachdrücklich,

wie international verbreitet das Phänomen der Arbeiterselbstverwaltung war und ist. Denn die Autoren der 22 Aufsätze, allesamt ausgewiesene Experten und meist auch selbst politisch aktiv, kommen von verschiedenen Kontinenten und decken zugleich ein weites Feld historischer Forschung ab. Den Auftakt bilden mehrere eher theoretisch angelegte Beiträge. Die im Anschluss untersuchten konkreten Beispiele erstrecken sich von der revolutionären Periode am Ende des Ersten Weltkriegs in Russland, Deutschland und Italien über die staatssozialistischen Länder Polen und Jugoslawien, die postkolonialen Kämpfe in Indonesien und Algerien bis hin zu aktuelleren Fällen vornehmlich in Lateinamerika. Angesichts dieser Fülle kann es hier nicht darum gehen, jeden einzelnen Beitrag zu behandeln. Vielmehr sollen lediglich einige übergreifende Charakteristika herausgearbeitet werden.

Generell wird bei der Lektüre deutlich: Es handelt sich um eine weltweit verbreitete Form politischer Aktivität, die seit über hundert Jahren bis heute in hochentwickelten Gesellschaften ebenso anzutreffen ist wie in Entwicklungs- und Schwellenländern. So unterschiedlich die jeweiligen Kontexte sind, so variantenreich gestalten sich auch die konkreten Umsetzungen von Arbeiterselbstverwaltung. Die Besetzung von British Columbias Telephone in Kanada 1981 (S.424-444) betraf beispielsweise nur ein einzelnes Unternehmen, während anderswo ganze Branchen, Regionen oder Produktionsketten involviert waren. Die Einflussmöglichkeiten variierten sehr stark von Mitbestimmung bezüglich einzelner Fragen der Lohngestaltung und der Arbeitsbedingungen über Produk-

tionskontrolle bis hin zur vollständigen Übernahme und Leitung der Betriebe.

Besonders interessant ist der Vergleich der Ziele der Akteure. Denn oft waren die Beschäftigten keineswegs revolutionär eingestellt, häufig ging und geht es um bescheidenere defensive Ziele. Die Arbeiter indischer Teeplantagen wollten 1974 vor allem ihre durch Konkurs bedrohten Arbeitsplätze sichern, genauso wie die Beschäftigten der brasilianischen Zuckerindustrie in den 80er- und 90er-Jahren oder der schottischen Werften in den 70ern. Selbst für die Fabrikkomitees in der Revolution in Russland bestand eine der Hauptaufgaben darin, die maroden Betriebe funktionsfähig zu halten. Anders ausgerichtet waren die revolutionären Obleute in Deutschland während und nach dem Ersten Weltkrieg, die Protagonisten der portugiesischen Nelkenrevolution 1974 oder aktuelle Bestrebungen in Venezuela. Hier stand und steht die umfassende, offensive Transformation eines fragwürdig gewordenen Gesellschaftssystems auf der Tagesordnung. In vielen Beiträgen wird deutlich, dass Ansätze zu einer Arbeiterselbstverwaltung oft dann auftreten, wenn die tradierte innerbetriebliche oder gesellschaftliche Ordnung in eine Krise gerät und dadurch an Legitimität verliert.

Der Interaktion mit anderen Kräften kam durchgängig eine wichtige Rolle zu. Während die Eigentümer der betroffenen Unternehmen verständlicherweise hartnäckigen Widerstand leisteten, muss das Agieren von Gewerkschaften, Parteien und Staat differenzierter betrachtet werden. Deren Haltung hing von den jeweiligen Umständen ab und konnte sowohl fördernd – etwa teilweise in Venezuela, Jugoslawien oder Spa-

nien – als auch distanziert und mitunter offen feindlich ausfallen. Das vielleicht wichtigste Hindernis der Räte waren aber meist bürokratisch-hierarchische Strukturen generell. Sie standen und stehen in ihrer Auffassung von Verwaltung und Politik basisdemokratischer Selbstorganisation diametral entgegen. Und das ganz unabhängig davon, ob sie nun gewerkschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Natur sind. Bestand die Selbstverwaltung über längere Zeit, entwickelte sie sogar selbst gewisse bürokratische Strukturen und lähmte so die unabdingbare Voraussetzung ihrer Funktionalität, die permanente Einbindung der Basis in Entscheidungsfindungsprozesse. Das ging und geht oft Hand in Hand mit einer schrittweisen Reintegration in kapitalistische Marktprozesse und deren Erfordernisse. Diese Gefahren schildert u. a. Marina Kabat in ihrer Analyse der seit 2001 besetzten argentinischen Betriebe sehr überzeugend. Für viele der in dem Bd. beschriebenen Versuche gilt, dass sie immer dann scheiterten, wenn sie nicht mehr ausreichend von einer breiten und aktiven Bewegung inner- und außerhalb der Unternehmen getragen wurden. Die Erfolge waren unterschiedlich, aber zumindest manchmal gelang es den Beschäftigten, erstaunlich gut und effizient zu wirtschaften. Zu beachten ist dabei, dass Erfolg hier nicht nur an ökonomischen Kennzahlen zu messen ist. Vielfach machen die zitierten Aussagen von Beteiligten deutlich, dass es insbesondere die veränderten Arbeits- und Entscheidungsprozesse, ein gesteigertes Selbstwertgefühl, Solidarität und andere immaterielle Verbesserungen waren, die für sie den Kern der Selbstverwaltung ausmachten.

Insgesamt ist es den Hrsg. gelungen, eine beeindruckende Bandbreite von Themen der Arbeiterselbstverwaltung in inhaltlich hoher Qualität zu behandeln. Einzig ein gründlicheres Lektorat wäre angebracht gewesen, denn die zahlreichen kleinen Fehler stören bisweilen arg den Lesefluss. Wie die Hrsg. selbst einräumen, fehlen in dem Bd. viele wichtige Beispiele. Ein zweiter Bd. ist jedoch bereits angekündigt und wäre absolut wünschenswert.

Axel Weipert

Kateřina Čapková/Michal Frankl: Unsichere Zuflucht. Die Tschechoslowakei und ihre Flüchtlinge aus NS-Deutschland und Österreich 1933-1938 (Reihe Jüdische Moderne, 13), Böhlau-Verlag, Wien-Köln-Weimar 2012, 327 S., ISBN 978-3-412-20925-4

Die Vf., die sich bereits in mehreren Publikationen mit der Problematik der jüdischen bzw. deutsch-jüdischen Geschichte im 20. Jh. beschäftigt haben, greifen im vorliegenden Buch die Thematik des jüdischen Exils nach der diktatorischen Hitler-„Machtergreifung“ 1933 in Deutschland auf. Sie gehen davon aus, die Tatsache, dass eine Reihe europäischer Staaten mit demokratischen Systemen Flüchtlinge aufnahm (Belgien, Schweiz, Großbritannien, Frankreich u. a.), sei allgemein bekannt. In der bisherigen Historiografie ist in dieser Frage besonders die bürgerlich-demokratische Tschechoslowakei als vorrangiges Land des Exils in den 1930er-Jahren dargestellt worden. In vier Kapiteln sowie einer Einleitung und einem Epilog nehmen die Vf. einen Forschungsstrang auf, der

bisher tatsächlich in der Emigrationsbewegung der von den Nationalsozialisten verfolgten Deutschen, auch aus Österreich, weniger Beachtung gefunden hat: das Schicksal verfolgter jüdischer Bürger in den Asylländern. Diese Flucht ins Exil geschah besonders nach dem Erlass der faschistischen Rasse-Gesetze nach 1935 – falls diese Flüchtlinge nicht bereits zuvor, z. B. aus politischen Gründen oder weil sie als prominente deutsche Hitlergegner in hervorgehobenen Positionen (Kulturschaffende, linke Parteifunktionäre etwa von KPD oder SPD, kirchliche Amtsträger usw.) standen, das Nazi-Reich durch Flucht in die Tschechoslowakei verlassen hatten. Die Vf. kritisieren, dass bisherige Veröffentlichungen der Erinnerungs- und Exilliteratur einseitig und vorrangig die Sichtweise prominenter und nichtjüdischer Emigranten (z. B. Thomas und Heinrich Mann) bzw. führender Hitlergegner wiedergeben. Bei diesen Autoren dominiere die Hervorhebung der uneigennütigen Hilfe der ČSR und ihrer Behörden und Hilfskomitees für die politischen Exilanten, besonders für linke Intellektuelle. Dem stellen die Vf. die geringe Unterstützung gegenüber, die die vielen unbekannteren Flüchtlinge, besonders jüdischer Herkunft, von der tschechoslowakischen Regierung erhielten. Sie gerieten bald in eine Zeit der „finanziellen Misere und völligen Perspektivlosigkeit“. (S.8)

Eine umfangreiche Arbeit in Archiven (Israel, Deutschland, Tschechien, Österreich, USA, Schweiz) sowie ausführliche Literatur- und Presseauswertung zeugen vom Historikerfleiß der Vf. Das Literaturverzeichnis umfasst fast lückenlos thematische Veröffentlichungen der vergangenen Jahrzehnte